



Europawahl 2014

Überparteilicher
transnationaler Wahlauf Ruf

Wähler_innen und Kandidat_innen
vereinbaren ein Europa Erneuerungsprogramm,
das die Macht wieder dorthin bringt, wo sie hin gehört:
zu den Menschen und verantwortungsvollen Politiker_innen.

*„As Sovereigns of our Society
let's Europe newrite.*

*A new kind of democracy
based on Partnership and Solidarity.*

*Where People do what they can.
Where People get what they need.*

*The European alternative
for a better World for all.“*

Die aufgeklärte europäische Öffentlichkeit ruft seit Jahren nach einem verstärkten politischen Engagement emanzipierter Bürger_innen und einer partei- und organisationsübergreifenden Erneuerung Europas, die von einer gemeinsamen Vision getragen und von einer Kooperation auf gleicher Augenhöhe befördert wird.

Hier ist ein konkreter Ansatz dazu.

Einladung zur Unterzeichnung eines überparteilichen transnationalen Wahlaufufes zur Europawahl 2014

Die entscheidende Frage bei dieser Wahl ist nicht, wie viele Abgeordnete welche Partei nach Brüssel schickt. Die Frage ist, wie viele Abgeordnete des eigenen Landes sich mit Abgeordneten aus den anderen Mitgliedstaaten zu einer transnationalen, überparteilichen, anti-rassistischen Allianz mit emanzipierten europäischen Bürger_innen zusammenfinden, um die

- von getäuschten Politiker_innen durch die blauäugige Deregulierung der Märkte abgegebene Macht zurückzuholen und das Primat der Politik wieder herzustellen,*
- die EU grundsätzlich neu auszurichten, als ein demokratisches, soziales, ökologisches Europa, in dem wir uns nicht gegen einander aufhetzen lassen,*
- die Zerstörung von Europas Demokratie und Sozialstaatlichkeit durch TTIP und TAFTA ein für alle mal zu verhindern.*

Die für die Durchsetzung dieser Forderungen erforderliche Änderung der Machtverhältnisse ist aufgrund der eklatanten strukturellen und finanziellen Ungleichgewichte nicht möglich. Was die europäischen Bürger_innen dagegen als die Souveräne der EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit verantwortungsvollen Politiker_innen, Unternehmer_innen und Geldgeber_innen auf eine demokratische und friedliche Weise verwirklichen können, ist eine Änderung der Rechtsverhältnisse.

„Der Glaube an eine Marktwirtschaft mit souveränen Verbrauchern ist eine der am weitesten verbreiteten Formen der Täuschung. [...] Käufer sehen sich einer massiven Manipulation durch überaus finanzkräftige Akteure ausgesetzt. [...] dies gilt [„] als eine statthafte Form der Irreführung.“

„Die Freiheit zu wohlfahrtsförderndem ökonomischem Handeln ist unverzichtbar. Diese Freiheit darf aber kein Freibrief für die illegitime und rechtswidrige Aneignung fremden Einkommens oder Vermögens sein.“
John Kenneth Galbraith

"Ich war nie der Auffassung, dass die internationale Wirtschaftsordnung gerecht wäre. Sie ist es nicht. Finanzmärkte haben nicht die allgemeine Wohlorientiertheit zur Zielsetzung, sondern eigentlich das Gegenteil.“
Bekannter europäischer Politiker,
aus Unparteilichkeitsgründen nicht namentlich genannt

"Die Politik hat ihre Macht dann eingebüßt, wenn sie sich nicht daran erinnert, dass sie sich des eigenen Primats wieder mächtig machen kann."
derselbe

„Die konstitutionellen Grundlagen des europäischen Staates schotten diesen gegen eine sozialreformatorische [...] transformatorische Politik [...] ab. Die programmatischen Festlegungen des Europäischen Primärrechts ¹⁾ sind so eng, dass sie Politik nur in einer [...] neoliberalen Weise zulassen.“
Andreas Fishan,

"Wir haben nicht nur eine Finanzkrise und eine Wirtschaftskrise, wir haben auch eine Krise der repräsentativen Demokratie."
Klaus Butterwegge

„Es genügt nicht, Ideale zu haben. Sie müssen auch in Gesetze einfließen.“
Barack Obama

¹⁾Der Begriff Primärrecht steht für Rechtsinhalte, an denen sich andere Rechtsinhalte auszurichten haben.

Wir rufen alle Kandidat_innen auf, als Abgeordnete im Europäischen Parlament alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Forderungen der Kandidat_innenerklärung durchzusetzen.

Wir rufen alle Europäischen Wähler_innen auf, nur Kandidat_innen zu wählen, die sich dazu bereit erklären.

Wir laden Kandidat_innen und Wähler_innen ein, auf der Allianzwebsite eine entsprechende Erklärung abzugeben. Das Registrierungstool wird ab Anfang April zur Verfügung stehen.

Wir bitten alle politischen Parteien, NGOs, Gewerkschaften, Vereinigungen und Initiativen aller Art im Sinn der gemeinsamen Sache, ihre Kandidat_innen, Mitglieder und Sympathisant_innen für das Unterzeichnen dieser Erklärung zu gewinnen und diese Bitte auch an ihre Schwesterorganisationen weiterzuleiten.

Wir bitten alle Medien im Sinn ihres demokratiepolitischen Auftrages die Verbreitung dieses Aufrufs zu unterstützen. Auf dass im Zuge dieser Wahl die Entstehung einer breiten europäischen Erneuerungsbewegung auf den Weg gebracht wird und bei allen zukünftigen Wahlen erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Die Kandidat_innenerklärung

Ich werde mich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen, damit

- „Solidarische Partnerschaftlichkeit“ im Paragraph 26, Binnenmarkt, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, zum obersten primärrechtlichen Prinzip der EU und zum Maßstab aller supranationalen, nationalen und subnationalen Rechtsetzungen und Praktiken erklärt wird. Alle bisherigen Rechtsetzungen sind bei Bedarf anzupassen.
- partnerschaftliche Leitlinien für alle wichtigen Politikfelder in einem Europäischen Konvent entwickelt werden, der mit einem Europäischen Referendum abgeschlossen wird.
- gemeinwohlorientierte Forderungen wie die der "Euro Memorandum Group", siehe www.euromemo.eu, verschiedener Parteien, von "Europa-geht-anders!" siehe www.europa-geht-anders.eu und anderer Initiativen Berücksichtigung finden.
- neoliberale Verträge mit Drittstaaten - wie der derzeit mit den USA verhandelte TTIP TAFTA Vertrag - in partnerschaftlich-solidarische Verträge zu unseren Bedingungen umgewandelt oder nicht abgeschlossen werden.
- Zusätzlich werde ich mich für folgende mir wichtige Aufgaben einsetzen:

Die Wähler_innenerklärung

Als souveräne BürgerIn meines Mitgliedstaates fordere ich eine grundlegende Erneuerung der Europäischen Union.

- Die rechtliche Verankerung von "Solidarischer Partnerschaftlichkeit" als BürgerInnenrecht und Oberstes Prinzip der EU-Politik und Maßstab für alle supranationalen, nationalen und subnationalen Rechtsetzungen und Praktiken.
- Die Einberufung eines Europäischen Konvents zur Erarbeitung partnerschaftlich solidarischer Leitlinien für alle wichtigen Politikfelder, der mit einem Europäischen Referendum abgeschlossen wird.
- Die Umsetzung gemeinwohldienlicher Forderungen wie z.B. jener der Euro Memorandum Group, von Europa geht anders! und anderen Initiativen.
- Neoliberale Verträge mit Drittstaaten - wie der derzeit mit den USA verhandelten TTIP TAFTA Vertrag - sind in partnerschaftlich solidarische Verträge zu unseren Bedingungen umzuwandeln oder nicht zu unterzeichnen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament werde ich nur für KandidatInnen stimmen und werben, die die Verwirklichung dieser Forderungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vorantreiben. Bei Wahlen auf anderen politischen Ebenen werde ich das auch so handhaben.

Ich selbst werde Solidarische Partnerschaftlichkeit in meinen eigenen Lebensbereichen gemeinsam mit meinen Freund_innen so gut wie möglich verwirklichen.



Kommentar

Primärrechtsänderung

Entwicklung eines EU-Primärrechts-Änderungs-Konzeptes, mit dem der im Art.26, Binnenmarkt, verankerte „...[arbeitende Menschen benachteiligende¹⁾], allgemeinen Wohlstand versprechende, aber Ungleichverteilung und Rücksichtslosigkeit produzierende, Größenwahn, Korruption und Malversation begünstigende, zur Unfreiheit der großen Mehrheit führende, aber irreführenderweise gegenteilig benannte] freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr“ durch ein auf „Solidarische Partnerschaftlichkeit“ gegründetes Miteinander als neues, vorrangiges Leitprinzip und Maßstab für alle supranationalen, nationalen und subnationalen Rechtsetzungen und Praktiken ersetzt wird. Dadurch wird neoliberalen Vorhaben wie TTIP und TAFTA ein für alle mal die Rechtsgrundlage entzogen und das Primat der Politik wieder hergestellt.

„Solidarische Partnerschaftlichkeit“ zum obersten EU Prinzip zu erklären, verwirklicht die von Barack Obama bei Nelson Mandelas Begräbnis eingeforderte gesetzliche Verankerung von Idealen. „Solidarische Partnerschaftlichkeit“ zeichnet sich durch eine hohe integrative Qualität aus. Es findet sich dem Sinn nach bei allen gemeinwohlorientierten politischen Strömungen: christlich-sozialen, sozialdemokratisch / linken, grünen, klassisch- und ordo-liberalen.

Abgeleitet ist „Solidarische Partnerschaftlichkeit“ aus dem Europäischen Urwertekanon Freiheit - Gleichheit - Geschwisterlichkeit. Als einer Begegnung von freien Akteuren auf gleicher Augenhöhe mit gegenseitiger geschwisterlicher Förderung. Verdichtet im Begriff „Solidarische Partnerschaftlichkeit“. Damit der Begriff Partnerschaftlichkeit nicht weiterhin von neoliberalen Akteuren für die Ausbeutung anderer missbraucht werden kann, ist er in der Frage operationalisiert: "Wie handeln wir auf eine das Gemeinwohl fördernde Weise so, dass alle Beteiligten und Betroffenen - wir selbst und die Natur eingeschlossen - mit Prozess und Ergebnis so gut wie möglich leben können?"

Gelingt Betroffenen und Beteiligten - trotz Unterstützung durch Dritte - keine einvernehmliche Lösung, kann das Anrecht auf partnerschaftliches Handeln schiedsgerichtlich eingeklagt werden. In diesem Verfahren müssen die Beklagten beweisen, dass sie sehr wohl partnerschaftlich agiert haben. Kommt es auch dabei zu keiner Einigung, ist nach Ermessen zu entscheiden - im Zweifelsfall immer für die Schwächeren / potentiell Benachteiligten.

Zur wirksamen Umsetzung dieses Rechtsgrundsatzes sind geeignete Durchführungsbestimmungen zu erlassen. (siehe dazu www.eunew.eu).

1)Lukas Oberndorfer, Post-neoliberal integration of the.EU, "Freiheit", Blaha/Weidenholzer, Momentum, Braumüller, 2010

Konvent

Es ist sicherzustellen, dass die Konventsarbeit von Personen vorgenommen wird, deren Denken mit

dem Partnerschaftlichkeitsprinzip im Einklang steht. In der Konventsarbeit soll der Neuordnung der Entscheidungsprozesse absoluter Vorrang eingeräumt werden, weil aufgrund der derzeitigen Verfahren immer wieder Entscheidungen zustande kommen, die gegen die Interessen vieler Menschen und der Natur verstoßen. Krassestes aktuelles Beispiel: Weil die 19 Staaten, die gegen die Genmaissfreigabe sind, nicht über 2/3 der gewichteten Stimmen verfügen, kann die Kommission für die Freigabe entscheiden.

Forderungsbeispiele

Forderungen Euro Memorandum Group

www.euromemo.eu

Forderungen von Europa-geht anders!

- Die Verwirklichung einer demokratischen Alternative zum geplanten Wettbewerbsfähigkeits Pakt
- eine europäische Umverteilung des Reichtums durch faire Einkommen und höhere Gewinn- und Vermögensbesteuerung
- Beendigung der Lohnsenkungsspirale und damit Abbau der riesigen Ungleichgewichte zwischen den Ländern innerhalb der Währungsunion (enorme Leistungsbilanzüberschüsse weniger Länder auf Kosten von -defiziten anderer Länder)
- Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte, ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen und Gewerkschaftsrechte
- Wiederregulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte,
- Umfassende Demokratisierung der europäischen (Wirtschafts-)Politik
- Vereinbarungen zur Verringerung der Erwerbsarbeitslosigkeit in allen EU-Staaten
- ein europäisches Investitionsprogramm zum Ausbau der Infrastruktur und zum ökologischen Umbau sowie
- eine - schrittweise zu entwickelnde - europäische Sozialunion.

mehr dazu www.europa-geht-anders.eu

TTIP TAFTA

TTIP TAFTA ist die Wiederbelebung des vor Jahren mühsam verhinderten MAI Abkommens, von dem Teile in der Zwischenzeit von vielen Staaten zur Sicherung von Standortvorteilen auf bilateraler Ebene verwirklicht wurden. Deswegen braucht es eine Primärrechtsänderung, die der Entmachtung der Demokratie und der Entsolidarisierung Europas ein für alle mal die Rechtsgrundlage entzieht.

Wieso ist TTIP TAFTA so eine existentielle Bedrohung?

- Einzelne Konzerne sollen denselben Rechtsstatus wie Nationalstaaten erlangen. Unternehmen sollen Regierungen verklagen können, "entgangene Gewinne" aus Steuergeldern auszugleichen. Statt die Schwächeren zu schützen, würden die Privilegien von Konzernen und Investoren abgesichert und sogar noch ausgeweitet werden.
- Die Verträge wären bindend, dauerhaft und praktisch irreversibel, weil jede einzelne Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden kann.
- Damit würde die Herrschaft der ohnehin schon mächtigen Kapitalgruppen über den Großteil der Welt einzementiert und juristisch abgesichert werden. Statt dem Schutz der Schwächeren als der zentralen Aufgabe eines demokratischen Rechtssystems nachzukommen,
- Die von den sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts durchgesetzten sozialen, demokratischen und ökologischen Fortschritte wären massiv gefährdet.

- Die EU und die USA wollen ihre jeweiligen Standards sogar in "nicht handelspolitischen" Bereichen vereinheitlichen. Sicherheit und Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Grenzwerte chemischer und toxischer Belastung, das Gesundheitswesen und die Arzneimittelpreise, das Recht auf Privatsphäre im Internet, Energieversorgung und kulturelle "Dienstleistungen", Patente und Urheberrechte, die Nutzung von Land und Rohstoffen, die Rechte und die Arbeitsmöglichkeiten von Immigrant_innen, die öffentliche Auftragsvergabe und vieles andere mehr. Aufgrund der Hundertschaften von Industrielobbyisten muss man leider davon ausgehen, dass dabei gesundheitliche und soziale Interessen auf der Strecke bleiben. Nationale Regierungen bis hinunter zu den Kommunalverwaltungen würden verpflichtet, ihre aktuelle und künftige Innenpolitik dem umfangreichen Regelwerk anzupassen.
- Dass die EU Kommission mit Billigung des Rates über solche existenzbedrohenden Fragen Geheimverhandlungen führen durfte - zu denen aber 600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang haben - bestätigt die massive Anpassungsgefährdung des politischen Systems und erklärt den damit verbundenen Vertrauensverlust in die EuropabefürworterInnen und den Zulauf zu populistischen Kräften.
- Eine Studie des TAFTA - freundlichen European Centre for International Political Economy kommt zu dem Befund, dass das BIP der USA wie der EU - selbst unter extrem optimistischen Annahmen - allenfalls um ein paar Promille wachsen würde, und das erst ab 2029. Sobald man bezüglich der getroffenen Annahme etwas vorsichtiger ist, dann - räumen die Autoren der Studie ein - schrumpft der potenzielle BIP-Zuwachs auf statistisch irrelevante 0,06 Prozent.

mehr dazu auf www.monde-diplomatique.de Novemberausgabe



Erste Bürger_innen Initiative Unterzeichner_innen

*Amadeus Hareiner, Weltbürger
 Genowefa Baron, Häuser zum Leben Clubbetreuerin
 Geronimo-Noah Hirschal, Austrian Talent Network
 Günter Hager-Madun, Psychotherapeut
 Maximilian Hochmair, Onkologe
 Helma Kellawan, Sozialdemokratin
 Ilse Kleinschuster, Aktivistin am Runden Tisch Grundeinkommen
 Uli Weish, Medienaktivistin
 Tina Weisshaupt, Rollstuhlfahrerin
 Joe Zehetner, EU Abgeordneten Assistent*

Wir haben bis jetzt ganz bewusst der Entwicklung einer integrativen, europaweit umsetzbaren Infrastruktur zu einer gemeinsamen Erneuerung Europas Vorrang vor der Mobilisierung von Unterstützer_innen eingeräumt. Die ersten Sondierungen bei befreundeten Organisationen stimmen uns hinsichtlich der Wähler_innenmobilisierung optimistisch. Dass es schon jetzt ein paar Menschen gibt, die sich zu diesem anspruchsvollen Vorhaben bekennen, freut uns sehr. Wenn Sie sich diesen anschließen wollen, schreiben Sie einfach ein Email an das Wahlaufserviceteam.

service@eunew.eu